

Statuten

der

Alpine Select AG

(nachfolgend die «Gesellschaft»)
mit Sitz in Zug

I. Grundlage

Art. 1. Firma, Sitz

Unter der Firma

Alpine Select AG
(Alpine Select SA)
(Alpine Select Ltd)
(Alpine Select Inc.)

besteht auf unbestimmte Zeit eine Aktiengesellschaft gemäss Art. 620 ff. Schweizer Obligationenrecht (OR) mit Sitz in Zug.

Art. 2. Zweck

Die Gesellschaft bezweckt (i) den direkten oder indirekten Erwerb, die dauernde Verwaltung und die Veräusserung von Beteiligungen an in- und ausländischen Gesellschaften aller Art und von in- und ausländischen Kollektivanlagevehikeln aller Art sowie (ii) die Vermögensverwaltung, das Erbringen von Dienstleistungen im Bereich der Finanzanalyse und der Anlageberatung. Die Gesellschaft kann ihre Dienstleistungen im In- und Ausland anbieten.

Die Gesellschaft kann Zweigniederlassungen und weitere Tochtergesellschaften im In- und Ausland errichten und alle kommerziellen, finanziellen und anderen Tätigkeiten ausüben, welche mit dem Zweck der Gesellschaft im Zusammenhang stehen.

Art. 3. Grundsätze der Anlagepolitik

Die Gesellschaft legt ihre Mittel nach den Grundsätzen ihrer Anlagepolitik an, welche detailliert im Zusatz- bzw. Anlagereglement festgehalten sind. Dieses Dokument publiziert die Gesellschaft auf ihrer Webseite und wird Aktionärinnen und Aktionären sowie interessierten Dritten auf Verlangen zugestellt.

II. Kapital

Art. 4. Aktienkapital

Das Aktienkapital der Gesellschaft beträgt CHF 174'198.00 und ist eingeteilt in 8'709'900 Namenaktien mit einem Nennwert von je CHF 0.02. Die Aktien sind vollständig liberriert.

Art. 4a Bedingtes Kapital

Das Aktienkapital kann im Maximalbetrag von CHF 121'779.54 durch Ausgabe von höchstens 6'088'977 vollständig zu liberierende Namenaktien von je CHF 0.02 Nennwert erhöht werden, durch Ausübung von Options- und/ oder Wandelrechten, welche in Verbindung mit Anlehens- oder ähnlichen Obligationen der Gesellschaft oder ihrer Tochtergesellschaft eingeräumt werden, und/oder durch Ausübung von Optionsrechten, welche den Aktionärinnen und Aktionären eingeräumt werden.

Zum Bezug der neuen Aktien sind die jeweiligen Inhaber von Options- und/oder Wandelrechten berechtigt.

Das Bezugsrecht der dannzumaligen Aktionäre ist bezüglich solcher neuen Aktien ausgeschlossen.

Die Options- und/oder Wandelbedingungen sind durch den Verwaltungsrat festzulegen.

Articles of Association*

of

Alpine Select Ltd.

(referred to as the "Company")
domiciled in Zug

I Basics

Art. 1 Company Name, Domicile

Under the Company name of

Alpine Select AG
(Alpine Select SA)
(Alpine Select Ltd)
(Alpine Select Inc.)

exists for an indefinite period of time a corporation limited by shares according to Art. 620 et seqq. Swiss Code of Obligation (CO), with registered office in Zug.

Art. 2 Purpose

The purpose of the Company is (i) the direct or indirect acquisition, the permanent administration, and the sale of participations in domestic and foreign companies of all kinds and of domestic, and foreign collective investment vehicles of all kinds as well as (ii) the asset management, the provision of services in the area of financial analysis and investment advice. The Company can offer its services both at home and abroad.

The Company is empowered to set-up domestic and foreign branch offices and further subsidiaries and to engage in any commercial, financial and other activities which are related to the purpose of the Company.

Art. 3 Principles of Investment Policy

The Company invests its fund in accordance with the principles of its investment policy, which are set out in detail in the supplementary or investment regulations. This document is published by the Company on its website and will be delivered to shareholders and interested parties upon request.

II Capital

Art. 4 Share Capital

The share capital of the Company amounts to CHF 174,198.00 and is divided into 8,709,900 registered shares with a par value of CHF 0.02 each. The shares are fully paid-in.

Art. 4a Conditional Share Capital

The share capital may be increased by a maximum amount of CHF 121,779.54 by issuing a maximum of 6,088,977 registered shares with a nominal value of CHF 0.02 each to be fully paid-in, through the exercise of option and/or conversion rights granted in connection with bonds or similar debt instruments of the Company or its subsidiary, and/or through the exercise of option rights granted to the shareholders.

The respective owners of option and/or conversion rights are entitled to subscribe the new shares.

The subscription right of the current shareholder is excluded for such new shares.

The board of directors shall determine the option and/or conversion conditions.

* Please note that official German version of the articles of association prevails the unofficial English translation.

Der Verwaltungsrat ist ermächtigt, bei der Ausgabe von Anleihe- oder ähnlichen Obligationen, mit denen Options- und/oder Wandelrechte verbunden sind, das Vorwegzeichnungsrecht der Aktionärinnen und Aktionäre zu beschränken oder aufzuheben, falls diese zum Zwecke der Finanzierung einschliesslich Refinanzierung der Übernahme von Unternehmen, Unternehmensteilen oder Beteiligungen an Gesellschaften oder neuen Investitionsvorhaben ausgegeben werden. Wird das Vorwegzeichnungsrecht durch Beschluss des Verwaltungsrates aufgehoben, gilt Folgendes: (1) Die Anleihe- oder ähnlichen Obligationen sind zu den jeweiligen Marktbedingungen auszugeben und die Ausgabe neuer Aktien erfolgt zu den jeweiligen Options- oder Wandelbedingungen. (2) Dabei dürfen Wandelrechte während höchstens zehn Jahren und Optionsrechte höchstens während fünf Jahren ab dem Zeitpunkt der betreffenden Ausgabe ausübbar sein. (3) Die Festlegung des Options- bzw. Wandelpreises oder deren Berechnungsmodalitäten erfolgt zu Marktkonditionen, wobei für die Aktien der Gesellschaft von ihrem Börsenkurs auszugehen ist.

Der Erwerb von Aktien durch die Ausübung von Wandel- und/oder Optionsrechten sowie jede nachfolgende Übertragung der Aktien unterliegen den Beschränkungen von Art. 6 der Statuten.

Art. 5. Aktienzertifikate, Umwandlung von Aktien

Die Namenaktien der Gesellschaft werden vorbehältlich von Absatz 2 als Wertrechte (im Sinne des Obligationenrechts) und Bucheffekten (im Sinne des Bucheffektengesetzes) ausgestaltet.

Die Aktionärin / Der Aktionär kann, nachdem sie/er im Aktienbuch eingetragen wurde, von der Gesellschaft jederzeit die Ausstellung einer Bescheinigung über die gehaltenen Namenaktien verlangen; ein Anspruch auf Druck und Auslieferung von Urkunden besteht jedoch nicht. Die Gesellschaft kann demgegenüber jederzeit Urkunden (Einzelurkunden, Zertifikate oder Globalurkunden) für Namenaktien drucken und ausliefern. Sie kann als Bucheffekten ausgestaltete Namenaktien aus dem entsprechenden Verwahrsystem zurückziehen. Mit der Zustimmung der Aktionärin / des Aktionärs kann die Gesellschaft ausgegebene Urkunden, die bei ihr eingeliefert werden, ersatzlos annullieren.

Art. 6. Aktienbuch, Übertragungsbeschränkungen, Nominees, Offenlegungspflichten

Die Gesellschaft führt bezüglich der Namenaktien ein Aktienbuch, in welches die Eigentümer und Nutzniesser mit Namen, Adresse und E-Mail-Adresse eingetragen werden. Sie muss das Aktienbuch so führen, dass in der Schweiz jederzeit darauf zugegriffen werden kann. Massgebend sind die letzten der Gesellschaft bekannt gegebenen Angaben. Gegenüber der Gesellschaft wird als Aktionärin bzw. Aktionär oder als Nutzniesser nur anerkannt, wer im Aktienbuch eingetragen ist.

Erwerber von Namenaktien werden auf Gesuch hin ohne Begrenzung als Aktionärin / Aktionär mit Stimmrecht im Aktienbuch eingetragen, falls sie ausdrücklich erklären, diese Namenaktien im eigenen Namen und für eigene Rechnung erworben zu haben.

Personen, die im Eintragungsgesuch nicht bestätigen, die Aktien für eigene Rechnung zu halten (nachstehend „Nominees“), werden bis maximal 9 % des im Handelsregister eingetragenen Aktienkapitals mit Stimmrecht im Aktienbuch eingetragen. Nominees, die untereinander kapital- oder stimmenmässig, durch eine einheitliche Leitung oder auf andere Weise verbunden sind, oder die im Hinblick auf eine Umgehung dieser Eintragungsbeschränkungen durch Absprache, Syndikat oder auf andere Weise koordiniert vorgehen, gelten als ein Nominee.

Über diese Limite hinaus werden Nominees nur dann als Aktionärinnen bzw. Aktionäre mit Stimmrecht eingetragen, wenn der betreffende Nominee die Namen, Adressen, Staatsangehörigkeiten und die Aktienbestände derjenigen Personen bekannt gibt, für deren Rechnung sie/er 1 % oder mehr des im Handelsregister eingetragenen Aktienkapitals hält.

Der Verwaltungsrat kann, nach Anhörung der betroffenen Person, Eintragungen im Aktienbuch streichen, wenn diese durch falsche Angaben des Erwerbers zustande gekommen sind. Der Erwerber

The board of directors is authorized to restrict or exclude the shareholders' preemption rights when issuing bonds or similar debt instruments connected to option and/or conversion rights if these are issued to finance, including refinance, the acquisition of enterprises, parts of enterprises or participations in companies or new investment projects. If the pre-emption right is excluded by a resolution of the board of directors, the following applies: (1) the bonds or similar debt instruments shall be issued at the respective market conditions and new shares shall be issued at the respective option and/or conversion conditions. (2) The exercise period shall not exceed ten years from the respective date of issuance for conversion rights and five years from the respective date of issuance for option rights. (3) The determination of the option or conversion price or their calculation modalities shall be effected at market conditions; with respect to the shares of the Company, their stock market price is relevant.

The acquisition of shares by exercising conversion and/or option rights as well as each subsequent transfer of the shares are subject to the restrictions of art. 6 of the articles of association.

Art. 5 Share Certificates, Conversion of Shares

Subject to para. 2, the registered shares of the Company are issued as uncertificated securities (in the sense of the Swiss Code of Obligations) and uncertificated securities (in the sense of the Swiss Uncertificated Securities Act).

After having been registered in the share register, the shareholder may at any times request the Company to issue a certificate for hers / his registered shares; however, there is no entitlement to printing and delivery of certificates. On the other hand, the Company may decide, at any time, to print and deliver certificates (individual share certificates, certificates or global certificates) for the registered shares. It may recall registered shares issued as uncertificated securities from the respective custody system. With the consent of the shareholder, the Company may cancel issued certificates which are returned to it without substitution.

Art. 6 Share Register, Transfer Restrictions, Nominees, Disclosure Obligations

The Company maintains a share register for registered shares in which the owners and usufructuaries are registered with name, address and email address. It must keep the share register in such a way that it can be accessed in Switzerland at any time. The last information made known to the Company shall be authoritative. In relation to the Company, only persons who are registered in the share register are recognized as shareholders or usufructuaries.

Upon request, acquirers of registered shares shall be registered in the share register without limitation as shareholders with voting rights provided that they explicitly declare that they acquired these registered shares in their own name and on their own account.

Persons who do not confirm in the registration application that they hold the shares for their own account (hereinafter "Nominees") are registered in the share register with voting rights up to a maximum of 9% of the share capital as registered in the commercial register. Nominees who are affiliated with each other in terms of capital or vote rights, through a common management or in any other way, or who act in a coordinated manner, syndicate or in any other way with view to circumventing these registrations, shall be considered as one Nominee.

Beyond this limit, Nominees are only registered as shareholders with voting rights if the respective Nominee discloses the names, addresses, nationalities and shareholdings of the persons for whose account the Nominee holds 1% or more of the share capital as registered in the commercial register.

After hearing the person affected, the board of directors may cancel entries in the share register, if these have been made as a result of incorrect information provided by the acquirer. The

muss über die Streichung sofort informiert werden.

Der Verwaltungsrat trifft die zur Einhaltung der vorstehenden Bestimmungen notwendigen Anordnungen. Er ist ermächtigt, mit Nominees Vereinbarungen über deren Meldepflichten abzuschliessen.

Diese Begrenzungen gelten unter dem Vorbehalt von Art. 653c Abs. 4 OR auch im Falle des Erwerbs von Namenaktien in Ausübung von Bezugs-, Options- und Wandelrechten.

Personen, die direkt, indirekt oder in gemeinsamer Absprache mit Dritten Beteiligungspapiere der Gesellschaft erwerben oder veräussern und dadurch den Grenzwert von 3, 5, 10, 15, 20, 25, 33 ^{1/3}, 50 oder 66 ^{2/3} Prozent der Stimmrechte erreichen, unter- oder überschreiten, müssen dies gemäss den Bestimmungen von Art. 120 des Finanzmarktinfrastukturgesetz (FinfraG) dem Verwaltungsrat und der SIX Swiss Exchange melden.

III. Organisation

A. Generalversammlung

Art. 7. Befugnisse

Oberstes Organ der Gesellschaft ist die Generalversammlung. Ihr stehen folgende unübertragbare Befugnisse zu:

1. Festsetzung und Änderung der Statuten;
2. Wahl der Mitglieder des Verwaltungsrates und seines Präsidenten, der Mitglieder des Vergütungsausschusses, des unabhängigen Stimmrechtsvertreters und der Revisionsstelle;
3. Genehmigung des Lageberichts und allenfalls der Konzernrechnung;
4. Genehmigung der Jahresrechnung sowie Beschlussfassung über die Verwendung des Bilanzgewinnes, insbesondere die Festsetzung der Dividende;
5. Festsetzung der Zwischendividende und die Genehmigung des dafür erforderlichen Zwischenabschlusses;
6. Beschlussfassung über die Rückzahlung der gesetzlichen Kapitalreserve;
7. Entlastung der Mitglieder des Verwaltungsrates und der Geschäftsleitung;
8. Genehmigung der Vergütungen des Verwaltungsrates und der Geschäftsleitung nach Art. 24 der Statuten;
9. Dekotierung der Beteiligungspapiere der Gesellschaft;
10. Beschlussfassung über die Gegenstände, die der Generalversammlung durch das Gesetz oder die Statuten vorbehalten sind oder ihr durch den Verwaltungsrat vorgelegt werden.

Art. 8. Versammlungen

Die ordentliche Generalversammlung findet jedes Jahr innerhalb von sechs Monaten nach Abschluss des Geschäftsjahres statt.

Ausserordentliche Generalversammlungen werden einberufen, sooft es notwendig ist, insbesondere in den vom Gesetz vorgesehenen Fällen.

Art. 9. Einberufung, Universalversammlung

Die Generalversammlung wird durch den Verwaltungsrat, nötigenfalls durch die Revisionsstelle einberufen. Das Einberufungsrecht steht auch den Liquidatoren zu.

Die Generalversammlung wird durch Brief an die Aktionärinnen und Aktionäre sowie Nutzniesser einberufen, und zwar mindestens 20 Tage vor dem Versammlungstag.

In der Einberufung sind bekanntzugeben:

1. Datum, Beginn, Art und Ort der Generalversammlung;
2. Verhandlungsgegenstände;
3. Anträge des Verwaltungsrates samt kurzer Begründung;
4. gegebenenfalls Anträge der Aktionärinnen und Aktionäre samt kurzer Begründung;
5. Name und die Adresse des unabhängigen Stimmrechtsvertreters.

acquirer must be informed about the cancellation immediately.

The board of directors shall take the measures necessary to ensure the compliance with the aforementioned provisions. It is authorized to conclude agreements with Nominees regarding their notification duties.

Subject to art. 653c para. 4 CO, these restrictions also apply in the event of the acquisition of registered shares by exercising subscription, option, and conversion rights.

Persons who directly, indirectly or in joint agreement with third parties acquire or sell equity securities of the Company and thus reach, fall below or exceed the thresholds of 3, 5, 10, 15, 20, 25, 33 ^{1/3}, 50 or 66 ^{2/3} percent of the voting rights must report this to the board of directors and to the SIX Swiss Exchange pursuant to the provisions of art. 120 of the Financial Market Infrastructure Act (FinMIA).

III Organization

A Shareholders' Meeting

Art. 7 Competences

The shareholders' meeting is the Company's supreme corporate body. It has the following non-transferable competences:

1. adoption and amendment of the articles of association;
2. election of the members of the board of directors and its chairman, the members of the compensation committee, the independent proxy and the auditors;
3. approval of the management report, and, as the case may be, of the consolidated financial statements;
4. approval of the annual financial statements as well as resolutions regarding the allocation of balance sheet profits, in particular the determination of the dividend;
5. determination of the interim dividend and approval of the interim financial statements required for this purpose;
6. passing resolutions on the repayment of the statutory capital reserve;
7. discharge of members of the board of directors and the management;
8. approval of the compensations of the board of directors and the management according to art. 24 of the articles of association;
9. delisting of the equity securities of the Company;
10. resolutions on matters reserved to the shareholders' meeting by law, by the articles of association or which are presented to it by the board of directors.

Art. 8 Meetings

The ordinary shareholders' meeting shall be held annually within six months after the close of the business year.

Extraordinary shareholders' meetings shall be called as often as necessary, in particular in the cases provided for by law.

Art. 9 Convocation, Universal Meeting

Shareholders' meetings shall be convened by the board of directors and, if needed, by the auditors. The liquidators are also entitled to convene a shareholders' meeting:

The shareholders' meeting shall be convened by letter to the shareholders and usufructuaries at least 20 days prior to the meeting.

The following shall be announced in the convocation letter:

1. date, beginning, form and venue of the shareholders' meeting;
2. items on the agenda;
3. proposals of the board of directors with a brief explanation;
4. if applicable, the motions of the shareholders' together with a brief explanation;
5. the name and address of the independent proxy.

Über Gegenstände, die nicht in dieser Weise angekündigt worden sind, können unter dem Vorbehalt der Bestimmungen über die Universalversammlung keine Beschlüsse gefasst werden, ausser über einen Antrag auf Einberufung einer ausserordentlichen Generalversammlung, auf Durchführung einer Sonderuntersuchung oder zur Wahl der Revisionsstelle. Dagegen bedarf es zur Stellung von Anträgen im Rahmen der Verhandlungsgegenstände und zu Verhandlungen ohne Beschlussfassung keiner vorherigen Ankündigung.

Die Eigentümer oder Vertreter sämtlicher Aktien können, falls kein Widerspruch erhoben wird, eine Generalversammlung ohne Einhaltung der für die Einberufung vorgeschriebenen Formvorschriften abhalten (Universalversammlung). Solange die Eigentümer oder Vertreter sämtlicher Aktien anwesend sind, kann in dieser Versammlung über alle in den Geschäftskreis der Generalversammlung fallenden Gegenstände verhandelt und gültig Beschluss gefasst werden.

Aktionärinnen und Aktionäre, die mindestens fünf Prozent des Aktienkapitals oder der Stimmen vertreten, können die Einberufung einer Generalversammlung verlangen. Sie müssen die Einberufung schriftlich beim Verwaltungsrat verlangen und die Verhandlungsgegenstände und Anträge müssen im Begehren enthalten sein. Entspricht der Verwaltungsrat dem Begehren nicht innert angemessener Frist, längstens aber innert 60 Tagen, so können die Gesuchsteller dem Gericht beantragen, die Einberufung vorzunehmen.

Spätestens 20 Tage vor der ordentlichen Generalversammlung sind der Geschäftsbericht und die Revisionsberichte den Aktionärinnen und Aktionäre zugänglich zu machen. Sofern die Unterlagen nicht elektronisch zugänglich sind, kann jede Aktionärin / jeder Aktionär verlangen, dass ihr/ihm diese rechtzeitig zugestellt werden.

Art. 10. Traktandierungsanträge

Auf die Tagesordnung sind auch Verhandlungsgegenstände und Anträge zu setzen, die durch Aktionärinnen und Aktionäre, die mindestens 0.5% des Aktienkapitals oder der Stimmen vertreten, spätestens 45 Tage vor der Generalversammlung schriftlich beim Verwaltungsrat eingereicht worden sind.

Mit der Traktandierung oder den Anträgen können die Aktionärinnen und Aktionäre eine kurze Begründung einreichen. Diese wird in die Einberufung der Generalversammlung aufgenommen.

Art. 11. Tagungsort und Art der Generalversammlung

Der Verwaltungsrat bestimmt den Tagungsort der Generalversammlung in jedem Jahr im alleinigen Ermessen. Der Tagungsort der Generalversammlung muss in der Schweiz liegen.

Der Verwaltungsrat kann entscheiden, dass eine Generalversammlung mit elektronischen Mitteln ohne Tagungsort durchgeführt wird.

Art. 12. Vorsitz, Protokolle

Den Vorsitz der Generalversammlung führt der Präsident, bei dessen Verhinderung ein anderes Mitglied des Verwaltungsrates oder ein anderer von der Generalversammlung gewählter Tagespräsident.

Der Vorsitzende bezeichnet den Protokollführer und die Stimmenzähler, die nicht Aktionäre sein müssen.

Über die Verhandlungen wird ein Protokoll geführt, das vom Vorsitzenden und vom Protokollführer zu unterzeichnen ist. Dieses hält fest:

- Datum, Beginn und Ende sowie Art und Ort der Generalversammlung;
- Anzahl, Art, Nennwert und Kategorie der vertretenen Aktien, unter Angabe der Aktien, die vom unabhängigen Stimmrechtsvertreter, von den Organstimmrechtsvertretern oder von Depotvertretern vertreten werden;
- Beschlüsse und Wahlergebnisse;
- in der Generalversammlung gestellte Begehren um Auskunft und darauf erteilte Antworten;

No resolutions may be passed on items which have not been announced in this manner, subject to the provisions governing the universal meeting, except on a motion to convene an extraordinary general meeting, to conduct a special investigation or to elect the auditors. On the other hand, no prior announcement is required for the submission of motions within the scope of the items on the agenda or for negotiations without the passing of resolutions.

Unless objection is raised, the owners or representatives of all the shares may hold a shareholders' meeting without complying with the formal requirements for the convocation of meetings (universal meeting). Provided that the owners or representatives of all the shares are present, all matters within the remit of the shareholders' meeting may be validly discussed and decided upon at such meeting.

Shareholders may request that a shareholders' meeting be convened if they together represent at least 5 percent of the share capital or the votes. They must request the convocation in writing addressed to the board of directors and the items to be discussed and the proposals must be included in the request. If the board of directors does not comply with the request within a reasonable period of time, but at the latest within 60 days, the applicants may request the court to convene the meeting.

No later than 20 days prior to the ordinary shareholders' meeting, the annual report and the auditor's reports must be made available to the shareholders. If the documents are not accessible electronically, shareholders may request that they be sent to them in due time.

Art. 10 Requests for Additions on the Agenda

The agenda shall also contain such items and proposals submitted to the board of directors in writing 45 days prior to the shareholders' meeting by shareholders representing at least 0.5% of the share capital or the votes.

Shareholders may submit a brief statement of reasons together with the agenda items or motions. This will be included in the convocation letter of the shareholders' meeting.

Art. 11 Venue and Form of the Shareholders' Meeting

The board of directors shall determine the venue of the shareholders' meeting each year at its sole discretion. The venue of the shareholders' meeting must be in Switzerland.

The board of directors may decide that a shareholders' meeting shall be held by electronic means without a venue.

Art. 12 Chair, Minutes

The shareholders' meeting shall be chaired by the chairman, or, in his absence, by another member of the board of directors or by another chairman elected for that day by the shareholders' meeting.

The chairman designates the secretary and the scrutineers, who do not need to be shareholders.

Minutes shall be kept of the proceedings and shall be signed by the chairman and the secretary. The minutes shall record:

- date, beginning and the end as well as the form and the venue of the shareholders' meeting;
- number, type, nominal value and class of shares represented, indicating the shares represented by the independent shareholder representative, the corporate voting rights representatives and depository representatives;
- resolutions and elections;
- requests for information submitted at the shareholders' meeting and answers given thereto;

- e) von den Aktionärinnen und Aktionären zu Protokoll gegebenen Erklärungen;
- f) relevante technische Probleme, die bei der Durchführung der Generalversammlung auftreten.

Jede Aktionärin / Jeder Aktionär kann verlangen, dass ihm das Protokoll innerhalb von 30 Tagen nach der Generalversammlung zugänglich gemacht wird.

Beschlüsse und Wahlergebnisse unter Angabe der genauen Stimmenverhältnisse werden innerhalb von 15 Tagen nach der Generalversammlung auf elektronischem Weg zugänglich gemacht.

Art. 13. Beschlussfassung

Jede Aktie berechtigt zu einer Stimme.

Jeder Aktionärin / Jeder Aktionär kann sich an der Generalversammlung durch einen gesetzlichen Vertreter, mittels schriftlicher Vollmacht durch einen anderen Bevollmächtigten, der nicht Aktionär zu sein braucht, oder den unabhängigen Stimmrechtsvertreter vertreten lassen. Mitglieder des Verwaltungsrates und der Geschäftsleitung dürfen andere Aktionärinnen und Aktionäre vertreten, sofern es sich nicht um eine institutionalisierte Vertretung handelt.

Die Generalversammlung wählt einen unabhängigen Stimmrechtsvertreter. Die Amtsdauer endet jeweils mit dem Abschluss der nächsten ordentlichen Generalversammlung. Wiederwahl ist möglich. Hat die Gesellschaft keinen unabhängigen Stimmrechtsvertreter, so ernennt der Verwaltungsrat einen solchen für die nächste Generalversammlung.

Der unabhängige Stimmrechtsvertreter ist verpflichtet, die von ihm vertretenen Stimmrechte weisungsgemäss auszuüben. Hat er keine Weisungen erhalten, so enthält er sich der Stimme. Die Generalweisung, im Sinne des Antrags des Verwaltungsrates zu in der Einberufung der Generalversammlung bekanntgegebenen und zu nicht angekündigten Anträgen im Rahmen der Verhandlungsgegenstände sowie zu Anträgen zu neuen Verhandlungsgegenständen gemäss Art. 704b OR zu stimmen, gilt als gültige Weisung zur Stimmrechtsausübung.

Der Verwaltungsrat kann Verfahrensvorschriften über die Teilnahme und Vertretung an der Generalversammlung aufstellen und insbesondere die Erteilung von Weisungen an den unabhängigen Stimmrechtsvertreter regeln. Er sorgt dafür, dass die Aktionärinnen und Aktionäre dem unabhängigen Stimmrechtsvertreter auch elektronische Vollmachten und Weisungen erteilen können, wobei er ermächtigt ist, vom Erfordernis einer qualifizierten elektronischen Signatur ganz oder teilweise abzusehen.

Die Generalversammlung fasst ihre Beschlüsse und vollzieht ihre Wahlen mit der absoluten Mehrheit der vertretenen Aktienstimmen, soweit nicht das Gesetz oder die Statuten abweichende Bestimmungen enthalten.

Kommt bei Wahlen im ersten Wahlgang die Wahl nicht zustande und ist ein von der Generalversammlung zu wählendes Amt oder Organ deswegen nicht statutengemäss bestellt, findet ein zweiter Wahlgang statt, in dem, sofern mehr als ein Kandidat zur Wahl steht, das relative Mehr entscheidet, oder, sofern nur ein Kandidat zur Wahl steht, wenigstens 20% der vertretenen Aktienstimmen für einen positiven Wahlbeschluss erforderlich sind.

Der Vorsitzende hat keinen Stichentscheid.

Wahlen und Abstimmungen finden offen statt, sofern der Vorsitzende oder die Generalversammlung mit einfacher Mehrheit der abgegebenen Stimmen nicht eine schriftliche Wahl oder Abstimmung anordnet. Auf Anordnung des Vorsitzenden können Wahlen und Abstimmungen auch elektronisch durchgeführt werden.

Art. 14. Quoren

Ein Beschluss der Generalversammlung, der mindestens zwei Drittel der vertretenen Aktienstimmen und die absolute Mehrheit

- e) shareholders' statements requested to be recorded in the minutes;
- f) relevant technical problems encountered in the conduct of the shareholders' meeting.

Any shareholder may request that the minutes be made available to them within 30 days of the shareholders' meeting.

Resolutions and election results, including the exact proportions of votes cast, shall be made available electronically within 15 days of the shareholders' meeting.

Art. 13 Resolutions

Each share entitles to one vote.

Each shareholder may be represented at the shareholders' meeting by a legal representative or, by virtue of a written proxy, by another proxy who need not be a shareholder, or by the independent proxy. Members of the board of directors and the management may represent other shareholders, provided that this is not an institutionalized representation.

The shareholders' meeting elects an independent proxy. The term of office ends after completion of the next ordinary shareholders' meeting. Re-election is possible. If the Company does not have an independent proxy, the board of directors shall appoint one for the next shareholders' meeting.

The independent proxy is obliged to exercise the represented voting rights pursuant to the instructions given. If he has not received any instructions, he shall submit an abstain vote. The general instruction to vote in accordance with the proposal of the board of directors on motions announced in the notice convening the shareholders' meeting and on unannounced motions within the scope of the items on the agenda, as well as on motions relating to new items on the agenda pursuant to art. 704b of the Swiss Code of Obligations, shall be deemed a valid instruction to exercise voting rights.

The board of directors may establish procedural rules for the participation in and the representation at the shareholders' meeting and in particular regulate the issuance of instructions to the independent proxy. The board of directors ensures that shareholders may also submit electronic proxies and instructions to the independent proxy, by which he is authorized to wholly or partially waive the requirement for a qualified electronic signature.

The shareholders' meeting shall pass its resolutions and carry out its elections by an absolute majority of the voting shares represented, unless the law or the articles of association contain provisions to the contrary.

If an election cannot be completed upon the first ballot and if therefore an office or a corporate body to be elected by the shareholders' meeting is not appointed in compliance with the articles of association, there shall be a second ballot at which the relative majority shall decide, provided that more than one candidate is up for election, or, if only one candidate is up for election, at least 20 % of the voting shares represented are necessary for a positive resolution.

The chairman shall not have a casting vote.

Elections and votes shall take place by show of hands, unless the chairman or the shareholders' meeting orders a written election or vote by a simple majority of the votes cast. By order of the chairman, elections and votes may be held electronically.

Art. 14 Quorums

A resolution of the shareholders' meeting passed by at least two thirds of the voting shares represented and the absolute majority

der vertretenen Aktiennennwerte auf sich vereinigt, ist erforderlich für:

1. die in Art. 704 Abs. 1 OR genannten Fälle;
2. die Erleichterung oder Aufhebung der Beschränkung der Übertragbarkeit der Namenaktien;
3. die Auflösung der Gesellschaft mit Liquidation;
4. die Abberufung des Verwaltungsrates gemäss Art. 705 Abs. 1 OR;
5. die Änderung von Art. 15 dieser Statuten betreffend Wahl und Amtszeit des Verwaltungsrates;
6. die Beseitigung von statutarischen Erschwerungen über die Beschlussfassung in der Generalversammlung, insbesondere solche dieses Artikels.

B. Verwaltungsrat

Art. 15. Wahl, Konstituierung

Der Verwaltungsrat besteht aus mindestens drei und höchstens sechs Mitgliedern.

Der Präsident, die weiteren Mitglieder des Verwaltungsrates sowie die Mitglieder des Vergütungsausschusses des Verwaltungsrates werden von der Generalversammlung einzeln für eine Amtsdauer von einem Jahr gewählt. Unter dem Begriff eines Jahres ist der Zeitraum von einer ordentlichen Generalversammlung bis und mit der nächsten ordentlichen Generalversammlung zu verstehen. Die Mitglieder, deren Amtsdauer abläuft, sind sofort wieder wählbar.

Ist das Amt des Präsidenten vakant, so ernennt der Verwaltungsrat für die verbleibende Amtsdauer einen neuen Präsidenten. Entstehende Vakanzen bei Mitgliedern des Vergütungsausschusses kann der Verwaltungsrat für die Dauer bis zur nächsten ordentlichen Generalversammlung entweder aus seinen Mitgliedern ergänzen oder offen lassen.

Der Verwaltungsrat konstituiert sich unter Vorbehalt der gesetzlichen und statutarischen Bestimmungen selbst.

Die Mitglieder des Verwaltungsrates dürfen nicht mehr als sieben zusätzliche Mandate in an einer offiziellen Börse kotierten Gesellschaften und zehn zusätzliche Mandate in nicht kotierten Gesellschaften wahrnehmen. Mitglieder der Geschäftsleitung können unter Vorbehalt der Genehmigung durch den Verwaltungsrat, maximal fünf Mandate in börsenkotierten oder nicht kotierten Gesellschaften wahrnehmen. Als Mandate im Sinne dieser Bestimmungen gilt jede Mitgliedschaft im Verwaltungsrat, in der Geschäftsleitung oder im Beirat oder eine vergleichbare Funktion nach ausländischem Recht eines Unternehmens mit wirtschaftlichem Zweck. Mandate in verschiedenen Rechtseinheiten, die unter gemeinsamer Kontrolle stehen, gelten als ein Mandat. Die folgenden Mandate gelten nicht als Mandat im Sinne dieses Artikels:

1. Mandate in Unternehmen, die durch die Gesellschaft kontrolliert werden; und
2. Mandate in Vereinen, Stiftungen, gemeinnützigen Organisationen, Trusts, Personalfürsorgestiftungen und anderen vergleichbaren Strukturen, sofern diese einen nicht-wirtschaftlichen Zweck verfolgen.

Art. 16. Oberleitung, Delegation

Dem Verwaltungsrat obliegt die oberste Leitung der Gesellschaft und die Überwachung der Geschäftsleitung. Er vertritt die Gesellschaft nach aussen und besorgt alle Angelegenheiten, die nicht nach Gesetz, Statuten oder Reglement einem anderen Organ der Gesellschaft übertragen sind.

Der Verwaltungsrat kann die Geschäftsführung oder einzelne Teile derselben sowie die Vertretung der Gesellschaft, an eine oder mehrere natürliche Personen, Mitglieder des Verwaltungsrates oder Dritte übertragen. Er kann die Vermögensverwaltung ganz oder teilweise an eine juristische Person übertragen. Der Verwaltungsrat erlässt das Organisationsreglement und ordnet die entsprechenden Vertragsverhältnisse oder fasst die entsprechenden Beschlüsse für die Übertragung der Geschäftsführung.

of the par values of the shares represented is required for:

1. the cases listed in art. 704 para. 1 CO;
2. the alleviation or suspension of restrictions regarding the transfer of registered shares;
3. the dissolution of the Company by way of liquidation;
4. the dismissal of the board of directors according to art. 705 para. 1 CO;
5. the amendment of art. 15 of these articles of association regarding election and term of office of the board of directors;
6. the removal of statutory restrictions regarding the adoption of resolutions in the shareholders' meeting, in particular those of this article.

B Board of Directors

Art. 15 Elections, Composition

The board of directors consists of no less than three and no more than six members.

The chairman, the other members of the board of directors as well as the members of the compensation committee of the board of directors are elected individually by the shareholders' meeting for a term of office of one year. The term of one year is deemed to signify the period from one ordinary shareholders' meeting to, and including, the next. Members whose term of office expires are eligible for immediate re-election.

If the office of chairman is vacant, the board of directors shall appoint a new chairman for the remaining term of office. If vacancies arise in the compensation committee, the board of directors may, for the period until the next ordinary shareholders' meeting, either fill such vacancies from among its members or leave them open.

The board constitutes itself subject to legal and statutory provisions.

The members of the board of directors may not hold more than seven additional mandates in companies listed on an official stock exchange and ten additional mandates in unlisted companies. Members of the management may, subject to the approval of the board of directors, hold a maximum of five mandates in listed or unlisted companies. Mandates in the meaning of this provision shall include any membership in the board of directors, in the management or in the advisory board or a comparable function under foreign law of a company with an economic purpose. Mandates in different legal entities, which are under common control, are to be considered as one mandate. The following mandates do not fall under the aforementioned restrictions:

1. mandates in enterprises controlled by the Company; and
2. mandates in associations, foundations, non-profit organizations, trusts, employee benefit schemes and other comparable structures, provided these pursue a non-economic purpose.

Art. 16 Ultimate Direction, Delegation

The board of directors is entrusted with the ultimate direction of the Company and the supervision of the management. It represents the Company towards third parties and attends to all matters which are not assigned to or reserved for another corporate body of the Company by law, the articles of association or the regulations.

The board of directors may entrust the management, wholly or in part, and the representation of the Company to one or several individual persons, members of the board of directors or third parties. It may entrust the asset management, wholly or in part, to a legal person. The board of directors shall enact the organizational regulation and arrange for the appropriate contractual relationships or take the appropriate resolutions for the transfer of the management.

Art. 17. Aufgaben

Der Verwaltungsrat hat folgende unübertragbare und unentziehbare Aufgaben:

1. Oberleitung der Gesellschaft und Erteilung der nötigen Weisungen;
2. Festlegung der Organisation;
3. Ausgestaltung des Rechnungswesens, der Finanzkontrolle sowie der Finanzplanung;
4. Ernennung und Abberufung der mit der Geschäftsführung und der Vertretung betrauten Personen und Regelung der Zeichnungsberechtigung;
5. Oberaufsicht über die mit der Geschäftsführung betrauten Personen, namentlich im Hinblick auf die Befolgung der Gesetze, Statuten, Reglemente und Weisungen;
6. Erstellung des Geschäftsberichtes sowie Vorbereitung der Generalversammlung und Ausführung ihrer Beschlüsse;
7. Einreichung eines Gesuchs um Nachlassstundung und Benachrichtigung des Richters im Falle der Überschuldung;
8. Erstellung des Vergütungsberichts;
9. Beschlussfassung über die Feststellung von Kapitalerhöhungen und daraus folgende Statutenänderungen.

Die Mitglieder des Verwaltungsrates und der Geschäftsleitung informieren den Verwaltungsrat unverzüglich und vollständig über sie betreffende Interessenskonflikte. Der Verwaltungsrat ergreift die Massnahmen, die zur Wahrung der Interessen der Gesellschaft nötig sind.

Art. 18. Organisation, Protokolle

Sitzungsordnung, Beschlussfähigkeit (Präsenz) und Beschlussfassung des Verwaltungsrates richten sich nach dem Organisationsreglement. Beschlüsse des Verwaltungsrates unter Verwendung elektronischer Mittel sind zulässig.

Der Vorsitzende hat den Stichtscheid.

Über die Verhandlungen und Beschlüsse des Verwaltungsrates ist ein Protokoll zu führen. Das Protokoll ist vom Vorsitzenden und vom Protokollführer zu unterzeichnen.

Art. 19. Vergütungsausschuss

Der Vergütungsausschuss besteht in der Regel aus zwei oder drei Mitgliedern.

Der Verwaltungsrat bestimmt unter den Mitgliedern des Vergütungsausschusses dessen Vorsitzenden und erlässt ein Reglement für den Vergütungsausschuss.

Der Vergütungsausschuss hat grundsätzlich folgende Aufgaben und Zuständigkeiten:

1. Vorschlag der Ausgestaltung der Vergütungspolitik sowie der Richtlinien zur Vergütung zuhanden des Verwaltungsrates;
2. Vorschlag der maximalen Gesamtbeträge der Vergütungen des Verwaltungsrates und der Geschäftsleitung gemäss Art. 24 der Statuten zuhanden des Verwaltungsrates;
3. Vorschlag zuhanden des Verwaltungsrates betreffend die Vergütung der Mitglieder des Verwaltungsrates;
4. Vorschlag zuhanden des Verwaltungsrates betreffend die Vergütung und die Anstellungsbedingungen der Mitglieder der Geschäftsleitung, einschliesslich vergütungsrelevante Entscheide im Zusammenhang mit der Beendigung des Arbeitsverhältnisses;
5. Vorschlag für Änderungen des Vergütungsreglements;
6. Vorschlag des Vergütungsberichts zuhanden des Verwaltungsrates;
7. weitere Aufgaben und Zuständigkeiten, welche ihm die Statuten oder der Verwaltungsrat zuweisen.

C. Revisionsgesellschaft

Art. 20. Amtsdauer, Befugnisse und Pflichten

Art. 17 Tasks

The Board of Directors has the following non-transferable and inalienable tasks:

1. the ultimate management of the Company and issuance of the necessary directives;
2. the establishment of the organization;
3. the structuring of the accounting system, the financial controlling and the financial planning;
4. the appointment and dismissal of the persons entrusted with the management and the representation of the Company and of granting of signatory power;
5. the ultimate supervision of the persons entrusted with the management, in particular with regard to compliance with the law, the articles of association, regulations and directives;
6. the preparation of the annual report as well as the preparation of the shareholders' meeting and the execution of its resolutions;
7. the filling of a petition for debt-restructuring moratorium and the notification of the judge in case of over-indebtedness;
8. the preparation of the compensation report;
9. resolutions regarding the verification of capital increases and amendments of the articles of association resulting thereof.

Members of the board of directors and the management shall inform the board of directors immediately and comprehensively of any conflicts of interest affecting them. The board of directors shall take measures necessary to safeguard the interests of the Company.

Art. 18 Organization, Minutes

The order of the meetings, the quorum (attendance) and the passing of resolutions by the board of directors are governed by the organizational regulations. Resolutions of the board of directors using electronic means are permissible.

The chairman shall have the casting vote.

Minutes shall be kept of the deliberations and resolutions of the board of directors. The minutes shall be signed by the chairman and the keeper of the minutes.

Art. 19 Compensation Committee

The compensation committee usually consists of two or three members.

The board of directors appoints the chairman from the members of the compensation committee and issues regulations for the compensation committee.

The compensation committee in principle has the following duties and responsibilities:

1. proposal to the board of directors on the structure of the compensation policy and the guidelines on compensation;
2. proposal to the board of directors on the maximum total amounts of compensation for the board of directors and the management in accordance with art. 24 of the articles of association;
3. proposal to the board of directors on compensation for members of the board of directors;
4. proposal to the board of directors on the compensation and term of employment of the members of the management, including compensation related decisions in connection with termination of the employment;
5. proposal for amendments of the compensation rules;
6. proposal of the compensation report to the board of directors;
7. other duties and responsibilities entrusted to it by the articles of association or the board of directors.

C Auditors

Art. 20 Tenure, Rights and Duties

Die Generalversammlung wählt für jedes Geschäftsjahr die Revisionsstelle der Gesellschaft. Die Amtsdauer endet mit der Generalversammlung, in welcher der Bericht für das betreffende Geschäftsjahr abzugeben ist. Sie hat die ihr vom Gesetz zugewiesenen Befugnisse und Pflichten. Wiederwahl ist möglich.

IV. Vergütungen des Verwaltungsrates und der Geschäftsleitung und weitere Bestimmungen

Art. 21. Vergütung der Mitglieder des Verwaltungsrates

Die einzelnen Mitglieder des Verwaltungsrates erhalten eine funktions- und aufgabenbezogene fixe Vergütung, die mehrheitlich in bar ausgerichtet wird und können weitere Vorteile und Dienstleistungen erhalten, die auch als Vergütungen qualifizieren. Zudem haben die Mitglieder des Verwaltungsrates Anspruch auf Ersatz ihrer im Interesse der Gesellschaft aufgewendeten Auslagen. Der Verwaltungsrat regelt die Einzelheiten der Vergütung seiner Mitglieder im Vergütungsreglement.

Art. 22. Vergütung der Mitglieder der Geschäftsleitung

Die Mitglieder der Geschäftsleitung erhalten eine fixe Vergütung sowie gegebenenfalls eine variable Vergütung.

Die fixe Vergütung besteht aus der Grundvergütung bzw. dem Grundsalar inkl. Nebenleistungen zuzüglich arbeitgeberseitiger Sozialabgaben und gegebenenfalls Beiträgen an die berufliche Vorsorge. Die variable Vergütung der Geschäftsleitung wird als kurzfristige variable Vergütungskomponente in bar ausgerichtet, zuzüglich arbeitgeberseitiger Sozialabgaben und gegebenenfalls Beiträgen an die berufliche Vorsorge. Sofern die Mitglieder der Geschäftsleitung eine variable Vergütung erhalten, gelten folgende Grundsätze:

1. Die kurzfristige variable Vergütungskomponente wird nach Abschluss des Geschäftsjahres, auf welches sich die variable Vergütung bezieht, vom Verwaltungsrat auf Antrag des Vergütungsausschusses festgelegt.
2. Die variable Vergütungskomponente ist an den Erfolg der getätigten Investments der Gesellschaft und die damit verbundenen finanziellen Ziele, an allfällige Sonderprojekte sowie an die persönlichen Ziele der einzelnen Mitglieder der Geschäftsleitung geknüpft. Auf dieser Basis legt der Verwaltungsrat die variable Vergütung der Mitglieder der Geschäftsleitung gestützt auf entsprechende Reglemente unter Berücksichtigung des Unternehmenserfolgs und der Erreichung persönlicher Ziele fest.
3. Die Grundsätze für die variable Vergütung werden vom Verwaltungsrat in einem Reglement ausgeführt und im jährlichen Vergütungsbericht erläutert.

Art. 23. Gemeinsame Bestimmungen für die Vergütung des Verwaltungsrates und der Geschäftsleitung

Mitglieder des Verwaltungsrates und der Geschäftsleitung erhalten weder Kredite noch Darlehen von der Gesellschaft und sind an keinen aktien- oder optionsbasierten Erfolgs- und/oder Beteiligungsplänen der Gesellschaft beteiligt.

Die Vergütungen können von der Gesellschaft oder ihren Konzerngesellschaften ausgerichtet werden.

Vergütungen an Mitglieder des Verwaltungsrates und der Geschäftsleitung für Tätigkeiten in Gesellschaften, die durch die Alpine Select AG direkt oder indirekt kontrolliert werden, sind zulässig. Diese Vergütungen sind im Betrag der Gesamtentschädigungen an den Verwaltungsrat und die Geschäftsleitung enthalten, welche durch die Generalversammlung gemäss Art. 24 der Statuten zu genehmigen sind.

Die Gesellschaft kann Mitglieder des Verwaltungsrates und der Geschäftsleitung für entstandene Nachteile im Zusammenhang mit Verfahren, Prozessen oder Vergleichen, die mit ihrer Tätigkeit für die Gesellschaft oder einer ihrer Beteiligungen zusammenhängen, entschädigen sowie entsprechende Beträge bevorschussen und Versicherungen abschliessen.

The shareholders' meeting shall elect the auditors of the Company for each business year. The auditors' term of office ends with the shareholders' meeting during which the report of the corresponding business year is presented. The auditors have the rights and obligations assigned to them by law. Re-election is possible.

IV Compensation of the Board of Directors and the Management and other Provisions

Art. 21 Compensation of the Member of the Board of Directors

The individual members of the board of directors receive a function and task-related fixed compensation, of which the majority is paid in cash, and may receive other benefits and services which also qualify as compensation. In addition, the members of the board of directors are entitled to reimbursement of their expenditures incurred in the interest of the Company. The board of directors regulates the details of the compensation of its members in the compensation rules.

Art. 22 Compensation of the Members of the Management

The members of the management receive a fixed compensation as well as, if applicable, a variable compensation.

The fixed compensation consists of basic compensation or the basic salary including fringe benefits plus employer contributions to social security and, if applicable, contributions to the occupational pension plan. The variable compensation for the management is paid as a short-term variable compensation component in cash, plus employer social contributions and, if applicable, contributions to occupational pension plan. If members of the management receive a variable compensation, the following principles apply:

1. The short-term variable compensation component is determined by the board of directors at the request of the compensation committee after completion of the financial year to which the variable compensation refers.
2. The variable compensation component is linked to the success of the investments made by the Company and the therewith associated financial targets, to possible special projects as well as to the personal goals of the individual members of the management. The board of directors determines the variable compensation for the members of the management on this basis and in accordance with the corresponding regulations taking into account the Company's success and the achievement of personal goals.
3. The variable compensation principles are implemented by the board of directors in regulations and explained in the annual compensation report.

Art. 23 Common Provisions for the Compensation of the Board of Directors and the Management

Members of the board of directors and the management receive neither credits nor loans from the Company and do not participate in any share or option-based profit and/or participation plans of the Company.

The compensations may be paid by the Company or its group companies.

Compensations to members of the board of directors or the management for activities in companies which are directly or indirectly controlled by Alpine Select Ltd. are admissible. These compensations are included in the amount of the total compensation to the board of directors and the management, which the shareholders' meeting needs to approve according to art. 24 of the articles of association.

The Company may compensate and pay appropriate advance payments to the members of the board of directors and the management for any disadvantages incurred in relation to proceedings, litigations, or settlements in connection with their activities for the Company or one of its participations and may conclude insurances.

Weitere Details der Vergütung des Verwaltungsrates und der Geschäftsleitung werden vom Verwaltungsrat in einem Vergütungsreglement festgelegt.

Die Dauer der Verträge, die den Vergütungen für die Mitglieder des Verwaltungsrates zugrunde liegen, darf die Amtsdauer nicht überschreiten. Arbeitsverträge mit den Mitgliedern der Geschäftsleitung, die den Vergütungen der betreffenden Mitglieder zugrunde liegen, werden für eine feste Dauer von höchstens einem Jahr oder für eine unbestimmte Dauer mit einer Kündigungsfrist von höchstens zwölf Monaten auf das Ende eines Kalendermonats abgeschlossen.

Art. 24. Genehmigung der Vergütung durch die Generalversammlung

Die Generalversammlung genehmigt jährlich und gesondert die Anträge des Verwaltungsrates in Bezug auf:

- a) den maximalen Gesamtbetrag der fixen Vergütung für den Verwaltungsrat für die Dauer bis zur nächsten ordentlichen Generalversammlung; und
- b) den maximalen Gesamtbetrag der fixen Vergütung und der variablen Vergütungskomponente für die Geschäftsleitung für das folgende Geschäftsjahr.

Der Verwaltungsrat kann der Generalversammlung abweichende oder zusätzliche Anträge in Bezug auf die gleichen oder andere Zeitperioden zur Genehmigung vorlegen.

Diese Genehmigungen erfolgen mit dem absoluten Mehr der gültig abgegebenen Stimmen, wobei Enthaltungen nicht als abgegebene Stimmen gelten.

Erfolgt keine Genehmigung, entscheidet der Verwaltungsrat über das weitere Vorgehen. Insbesondere kann er eine Generalversammlung einberufen oder die Ausrichtung von Vergütungen unter Vorbehalt der nachträglichen Genehmigung durch die Generalversammlung veranlassen.

Die Generalversammlung kann jederzeit die nachträgliche Erhöhung eines genehmigten Gesamtbetrages beschliessen.

Ungeachtet der vorstehenden Absätze kann die Gesellschaft Vergütungen vor Genehmigung durch die Generalversammlung ausrichten, unter Vorbehalt der nachträglichen Genehmigung durch die Generalversammlung.

Werden nach einem Genehmigungsbeschluss neue Mitglieder der Geschäftsleitung ernannt, steht für deren Vergütung sowie zum Ausgleich allfälliger Nachteile im Zusammenhang mit dem Stellenwechsel ein Zusatzbetrag im Umfang von maximal 100% des für die Geschäftsleitung genehmigten Gesamtbetrages des betreffenden Jahres zur Verfügung, welcher von der Generalversammlung nicht genehmigt werden muss.

V. Rechnungslegung

Art. 25. Jahresrechnung und allfällige Konzernrechnung

Die Jahresrechnung und allfällige Konzernrechnung sind gemäss den Vorschriften des Schweizerischen Obligationenrechts sowie nach den allgemein anerkannten kaufmännischen und branchenüblichen Grundsätzen zu erstellen.

Beginn und Ende des Geschäftsjahres werden vom Verwaltungsrat im Organisationsreglement festgelegt.

Art. 26. Gewinnverteilung

Unter Vorbehalt der gesetzlichen Vorschriften über die Gewinnverteilung steht der Bilanzgewinn zur Verfügung der Generalversammlung.

Die Dividende darf erst festgesetzt werden, nachdem die dem Gesetz entsprechenden Zuweisungen an die gesetzlichen Reserven abgezogen worden sind. Alle Dividenden, welche innerhalb von fünf Jahren nach ihrer Fälligkeit nicht bezogen worden sind, verfallen zugunsten der Gesellschaft.

Further details on the compensation of the board of directors and the management are determined by the board of directors in the compensation rules.

The duration of the contracts, which form the basis of the compensation of the members of the board of directors, shall not exceed the term of office. Employment contracts with the members of the management, which form the basis of the compensation of the respective members, are concluded for a fix period of a maximum of one year or for an indefinite period of time with a notice period of no more than twelve months at the end of a calendar month.

Art. 24 Approval of the Compensations by the Shareholders' Meeting

The shareholders' meeting approves annually and separately the motions of the board of directors with regard to:

- a) The maximum total amount of the fixed compensation for the board of directors for the period until the next ordinary shareholders' meeting; and
- b) The maximum total amount of the fixed compensation and the variable compensation component for the management for the following business year.

The board of directors may submit differing or additional motions with regard to the same or other time periods to the shareholders' meeting for approval.

These approvals require an absolute majority of the valid votes cast, with abstentions not considered as votes cast.

In the absence of an approval, the board of directors shall decide on what steps to take. In particular, it may call a shareholders' meeting or provide for the payment of compensation subject to retrospective approval by the shareholders' meeting.

The shareholders' meeting may pass a resolution at any time to retrospectively increase an approved total amount.

Notwithstanding the preceding paragraphs, the Company may pay compensations before the approval by the shareholders' meeting, subject to the retrospective approval by the shareholders' meeting.

If new members of the management are appointed after a resolution has been approved, a supplementary amount of up to of 100% of the total amount approved for the management for the year in question is available for their compensation and to offset any disadvantages in connection with the change of job. This does not require the approval of the shareholders' meeting.

V Accounting

Art. 25 Annual Financial Statements and possible Consolidated Accounts

The annual financial statements and possible consolidated accounts shall be drawn up in accordance with the provisions of the Swiss Code of Obligations and in accordance with generally accepted commercial and industry principles.

Begin and end of the business year shall be determined by the board of directors in the organizational rules.

Art. 26 Distribution of Profits

Subject to the legal provisions regarding the distribution of profits, the balance sheet profits shall be at the disposal of the shareholders' meeting.

The dividend may be determined only after the appropriate allocations to the statutory reserve required by law have been deducted. All dividends which have not been claimed within a period of five years after their due date shall be forfeited in favor of the Company.

VI. Beendigung

Art. 27. Auflösung und Liquidation

Die Generalversammlung kann jederzeit die Auflösung und Liquidation der Gesellschaft nach Massgabe der gesetzlichen und statutarischen Vorschriften beschliessen.

Die Liquidation wird durch den Verwaltungsrat durchgeführt, sofern sie nicht durch die Generalversammlung anderen Personen übertragen wird.

Die Liquidation der Gesellschaft erfolgt nach Massgabe der Art. 742 ff. OR. Die Liquidatoren sind ermächtigt, Aktiven (Grundstücke eingeschlossen) auch freihändig zu verkaufen.

Nach erfolgter Tilgung der Schulden wird das Vermögen unter die Aktionäre nach Massgabe der eingezahlten Beträge verteilt.

VII. Benachrichtigung

Art. 28. Mitteilungen und Bekanntmachungen

Die Mitteilungen der Gesellschaft an die Aktionärinnen und Aktionäre und die Bekanntmachungen erfolgen im Schweizerischen Handelsamtsblatt.

Mitteilungen an die Aktionärinnen und Aktionäre können stattdessen oder zusätzlich erfolgen (i) per Brief an ihre im Aktienbuch eingetragenen Adressen, der mit normaler Post verschickt wird, oder (ii) per E-Mail oder in einer anderen Form, die der Verwaltungsrat für angemessen hält.

Zug, 30. Juni 2023

VI Termination

Art. 27 Dissolution and Liquidation

The shareholders' meeting may at any time resolve the dissolution and liquidation of the Company in accordance with the legal and statutory provisions.

The liquidation shall be effected by the board of directors, unless this task is assigned to other persons by the shareholders' meeting.

The liquidation of the Company shall take place in accordance with Art. 742 et seqq. CO. The liquidators are authorized to dispose of the assets (including real estate) by way of private contract.

Once the liabilities have been settled, the assets shall be distributed among the shareholders in proportion to the amounts paid-in.

VII Information

Art. 28 Notices and Announcements

Notices of the Company to the registered shareholders and the announcements shall be given via the Swiss Official Gazette of Commerce.

Notices to shareholders' may instead or in addition be given (i) by letter to their addresses entered in the share register, sent by ordinary mail, or (ii) by e-mail or by any other means the board of directors deems appropriate.

Zug, 30. June 2023